



Niederschrift

Finanzausschuss

20. Wahlperiode – 24. Sitzung

am Donnerstag, dem 2. März 2023, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Lars Harms (SSW), Vorsitzender
Michel Deckmann (CDU)
Hauke Hansen (CDU)
Rixa Kleinschmit (CDU)
Ole-Christopher Plambeck (CDU)
Rasmus Vöge (CDU)
Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Birgit Herdejürgen (SPD)
Beate Raudies (SPD)
Annabell Krämer (FDP)

Weitere Abgeordnete

Thomas Losse-Müller (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Nachschiebeliste der Landesregierung	5
	Umdrucke 20/967, 20/1013	
2.	Bericht der Landesregierung zur vorläufigen Haushaltsführung bis zum Haushaltsbeschluss	6
	Berichtsantrag der Abgeordneten Beate Raudies (SPD) Umdruck 20/690	
3.	Bericht der Landesregierung zur Umsatzsteuerpflicht für IT-Dienstleistungen ab dem 1. Januar 2025	7
	Berichtsantrag der Abgeordneten Beate Raudies (SPD) Umdruck 20/931	
4.	Schulunterricht in der Landesunterkunft Seeth – IT-Ausstattung; Antrag auf Umsetzung von Haushaltsmitteln aus dem Einzelplan 11	9
	Vorlage der Staatskanzlei Umdruck 20/968	
5.	a) Mittelabfluss der Haushaltsmittel zur Bewältigung der Coronakrise	10
	Vorlagen des Finanzministeriums Umdrucke 20/631, 20/822	
	b) Abfluss der Haushaltsmittel infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine	10
	Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 20/823	
6.	Hamburger Baggergut	12
	Umdrucke 20/633, 20/652, 20/692, 20/904, 20/945, 20/969	
7.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes	13
	Gesetzesentwurf der Fraktionen von SSW, FDP und SPD Drucksache 20/490 (neu) – 2. Fassung	
8.	Freibeträge bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer anheben	14
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 20/501	
9.	Automatische Inflationsanpassung auch bei Lohn- und Einkommensteuer	15
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 20/253	

- 10. Bescheide über die Feststellung des Grundsteuerwertes zukünftig vorläufig erlassen** **16**
- Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 20/716
- Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Umdruck 20/983
- 11. Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern bei der Besetzung von Geschäftsführungs- und Aufsichtsorganen der Landesunternehmen und -beteiligungen sowie von Verwaltungsräten der öffentlich-rechtlichen Sparkassen** **17**
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 20/677
- 12. Information/Kennntnisnahme** **18**
- Umdruck 20/806 – Freistellungssemester Musikhochschule Lübeck
Umdruck 20/908 – Ursachen für den Antragsruhestand von Landesbediensteten
Umdruck 20/915 – Verwaltungsvereinbarung elis-Lernplattform 2023
Umdruck 20/923 – digitales Personalmanagement
Umdruck 20/930 – Bundeshilfen für Krankenhäuser
Umdruck 20/953 – Kommunalinvestitionsförderungsgesetz
Umdruck 20/973 – Gesamtplan für IT und Digitalisierung 2023
Umdrucke 20/922, 20/936, 20/937, 20/941, 20/942, 20/943, 20/949, 20/951, 20/954, 20/960, 20/963 – Haushaltsberatungen
Vertraulicher Umdruck 20/946 – Betriebsmittelkredit UKSH
Vertraulicher Umdruck 20/948 – Bürgschaften
Vertraulicher Umdruck 20/950 – Stadtwerke
Vertraulicher Umdruck 20/961 – Kommunen
Vertraulicher Umdruck 20/964 – Einzelplan 06
- 13. Verschiedenes** **19**

Der Vorsitzende, Abgeordneter Harms, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung mit folgenden Änderungen gebilligt: Tagesordnungspunkt 6 wird nach Tagesordnungspunkt 1 behandelt, Tagesordnungspunkt 2 erklärt die Antragstellerin für erledigt, und Tagesordnungspunkt 7 soll zu gegebener Zeit beraten werden.

Einstimmig beschließt der Ausschuss, die [Umdrucke 20/946](#), [20/948](#), [20/950](#), [20/961](#) und [20/964](#) im Sinne des § 17 Absatz 2 der Geschäftsordnung vertraulich zu behandeln und die Inhalte geheim zu halten.

1. Nachschiebeliste der Landesregierung

[Umdrucke 20/967, 20/1013](#)

Finanzministerin Heinold führt in die Nachschiebeliste ein ([Umdruck 20/1013](#)).

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer antwortet Herr Kühle, Haushaltsbeauftragter des Gesundheitsministeriums, die Impfzentren würden noch bis Ende März 2023 betrieben.

Rechnungshofpräsidentin Dr. Schäfer bittet die Landesregierung, die Kostensteigerung bei der Eingliederungshilfe zu erläutern. – Ministerin Heinold sagt eine schriftliche Antwort zu.

Finanzministerium und Finanzausschuss vereinbaren, dass die Landesregierung schriftliche Fragen der Fraktionen zur Nachschiebeliste bis zur nächsten Sitzung beantwortet.

**2. Bericht der Landesregierung zur vorläufigen Haushaltsführung
bis zum Haushaltsbeschluss**

Berichts Antrag der Abgeordneten Beate Raudies (SPD)
[Umdruck 20/690](#)

Dieser Tagesordnungspunkt wird für erledigt erklärt.

3. Bericht der Landesregierung zur Umsatzsteuerpflicht für IT-Dienstleistungen ab dem 1. Januar 2025

Berichts Antrag der Abgeordneten Beate Raudies (SPD)
[Umdruck 20/931](#)

Abgeordnete Raudies weist darauf hin, dass auf die vom Land Schleswig-Holstein bei Dataport bezogenen Leistungen 17 Millionen bis 18 Millionen Euro Umsatzsteuer anfielen. Nachdem die Landesregierung ihren Gesetzentwurf zur Änderung des E-Government-Gesetzes zurückgezogen habe, bleibe das Problem der Umsatzsteuerpflicht für IT-Dienstleistungen ungelöst (Antwort der Landesregierung auf ihre Kleine Anfrage, Drucksache 20/713). Sie fragt die Landesregierung, welche Überlegungen sie anstelle, um eine erhöhte Belastung des Landeshaushalts zu vermeiden.

Minister Schrödter, Chef der Staatskanzlei, erwidert, an der steuerrechtlichen Einschätzung habe sich nichts geändert. Mit der Frage der Umsatzsteuerpflicht werde sich die Landesregierung zu gegebener Zeit auseinandersetzen. Es sei bedauerlich, dass der Bundesgesetzgeber an dieser Stelle keine Regelung getroffen habe. Durch die Umsatzsteuerpflicht könne eine Belastung entstehen, wenn es in den nächsten zwei Jahren keine rechtliche Änderung gebe. Damit werde man sich im Zuge der Aufstellung des Haushalts 2025 befassen.

Auf eine Frage des Vorsitzenden teilt Finanzministerin Heinold mit, der Bund habe zugesagt, bei dieser Frage innerhalb der nächsten zwei Jahre mit einem Vorschlag auf die Länder zuzukommen.

Abgeordnete Raudies appelliert an die Landesregierung, wie andere Bundesländer – beispielsweise Hamburg im Dezember 2022 – den Gestaltungsraum zu nutzen, um zusätzliche Belastungen für den Landeshaushalt zu vermeiden, und rechtzeitig einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen.

Minister Schrödter entgegnet, die Landesregierung beobachte die Lage und warte auf die Gesetzesinitiative des Bundes. Dataport unterliege ab dem Jahr 2025 der Umsatzsteuerpflicht.

Auf eine Frage von Rechnungshofpräsidentin Dr. Schäfer antwortet Finanzstaatssekretärin Dr. Torp, man habe im Hinblick auf die Leistungsaustausche, die das Land im Rahmen seiner

Beteiligungen und mit Betrieben gewerblicher Art unterhalte, alles geregelt. Bei den Leistungsaustauschen, die von Beginn an gesetzlich beziehungsweise im Rahmen eines öffentlich-rechtlichen Vertrags hätten geregelt werden können, sei das Land tätig geworden. Insoweit wäre die Umsatzsteuerpflicht nach § 2 b des Umsatzsteuergesetzes bei Fortsetzung der entsprechenden Leistungsbeziehungen nicht angefallen, wenn § 2 b zum 1. Januar 2023 in Kraft getreten wäre.

**4. Schulunterricht in der Landesunterkunft Seeth – IT-Ausstattung;
Antrag auf Umsetzung von Haushaltsmitteln aus dem Einzelplan
11**

Vorlage der Staatskanzlei
[Umdruck 20/968](#)

Einstimmig erteilt der Finanzausschuss die erbetene Zustimmung.

5. a) Mittelabfluss der Haushaltsmittel zur Bewältigung der Coronakrise

Vorlagen des Finanzministeriums
[Umdrucke 20/631](#), [20/822](#)

b) Abfluss der Haushaltsmittel infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine

Vorlage des Finanzministeriums
[Umdruck 20/823](#)

Ministerin Heinold wiederholt ihr Angebot, zur Verwendung der Notkreditmittel im Gespräch mit den finanzpolitischen Sprecherinnen und Sprechern zu bleiben. Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies sagt sie zu, dem Finanzausschuss regelmäßig eine aktualisierte Planung zuzuleiten.

Abgeordnete Krämer kritisiert, dass die Landesregierung im Jahr 2022 eine Summe von 270 Millionen Euro aus dem Corona-Notkredit verausgabt habe, anstatt strukturelle Steuermehreinnahmen zu verwenden.

Ministerin Heinold erläutert die Tabelle auf Seite 3 des [Umdrucks 20/822](#). Die noch vorhandenen rund 460 Millionen Euro Coronamittel seien überwiegend verplant. Die Steuermehreinnahmen 2022 würden vollständig zur Tilgung eingesetzt. Auf eine Nachfrage der Abgeordneten Krämer betont sie, die Steuermehreinnahmen 2022 würden nicht ausgegeben, sondern zur Reduzierung der Kreditemächtigung eingesetzt. Sie sagt zu, dem Finanzausschuss die Zusammenhänge von Steuereinnahmen, Notkrediten und Verschuldung noch einmal schriftlich zu erläutern.

Rechnungshofpräsidentin Dr. Schäfer lobt, dass die Kreditemächtigungen zurückgeführt würden, und weist darauf hin, dass die in Rede stehende Ziffer 5.2 der [Drucksache 19/2491](#) differenziert zu betrachten sei. Eine rechtlich verbindliche Konkretisierung der Selbstverpflichtung gelte nur insoweit, als es sich um strukturelle Steuermindereinnahmen handele. Nur für die Kredite zur Finanzierung struktureller Steuermindereinnahmen müsse man strukturelle Überschüsse verwenden.

Abgeordnete Krämer entgegnet, Ziffer 5.2 gelte für sämtliche Inanspruchnahmen von Mitteln aus dem Corona-Notkredit im jeweils laufenden Haushaltsjahr.

Ministerin Heinold hebt noch einmal hervor, dass die Landesregierung Steuermehreinnahmen in Höhe von 1 Milliarde Euro nicht ausbebe. Das führe im Ergebnis dazu, dass die Kreditermächtigung und damit die zu tilgende Summe geringer als geplant ausfalle.

Abgeordnete Krämer bekräftigt ihre Auffassung, dass nach Beendigung der Coronanotlage keine Nothilfemittel mehr in Anspruch genommen werden dürften, und ihre Kritik, dass strukturelle Mehreinnahmen des Jahres 2022 nicht dafür eingesetzt worden seien, die Inanspruchnahme des Notkredits zu verhindern.

Abgeordnete Raudies stimmt zu, dass die Antwort des Finanzministeriums auf ihren Brief vom 23. Februar 2023 verumdruckt werde.

Der Finanzausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke einstimmig zur Kenntnis.

6. Hamburger Baggergut

[Umdrucke 20/633](#), [20/652](#), [20/692](#), [20/904](#), [20/945](#), [20/969](#)

Umweltstaatssekretärin Günther kündigt an, dass Hamburg die vereinbarte Summe von 1,65 Millionen Euro erst Ende des Jahres 2023 zahlen werde und dieses Geld in ein neu zu errichtendes Sondervermögen fließen solle. Zurzeit verhandele sie mit Hamburg über die Fortschreibung der bestehenden Eckpunktevereinbarung. Sie hoffe, dass man dem Landtag den Gesetzentwurf zur Errichtung des Sondervermögens noch im ersten Halbjahr 2023 vorlegen werde.

Der Vorsitzende äußert, das Angebot der Opposition bestehe fort, mit der Koalition gemeinsam an dem Gesetzentwurf zu arbeiten.

Zu [Umdruck 20/904](#) merkt Präsidentin Dr. Schäfer an, insgesamt seien nicht 49,97 Millionen Euro, sondern 57 Millionen Euro an die Nationalparkstiftung geflossen.

Der Finanzausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis. Nach der Information des Umweltministeriums ([Umdruck 20/945](#)) hat sich der in der 20. Sitzung am 9. Februar 2023 erteilte Auftrag an den Wissenschaftlichen Dienst erledigt, zu der Frage rechtlich Stellung zu nehmen, ob Zahlungen Hamburgs für weitere Verbringungen an der Tonne E 3 der Stiftung Nationalparkservice oder dem Landeshaushalt zufließen.

7. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von SSW, FDP und SPD
[Drucksache 20/490](#) (neu) – 2. Fassung

(überwiesen am 14. Dezember 2022 an den Finanzausschuss)

hierzu: [Umdrucke 20/590, 20/825, 20/833, 20/851, 20/862, 20/868, 20/874, 20/917](#)

Auf Wunsch der Koalition vertagt der Finanzausschuss die Beratung.

8. Freibeträge bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer anheben

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 20/501](#)

(überwiesen am 15. Dezember 2022)

Auf Antrag des Abgeordneten Deckmann beschließt der Finanzausschuss, eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

9. Automatische Inflationsanpassung auch bei Lohn- und Einkommensteuer

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 20/253](#)

(überwiesen am 28. September 2022)

hierzu: [Umdrucke 20/313](#), [20/385](#), [20/393](#), [20/414](#), [20/420](#), [20/434](#),
[20/454](#), [20/455](#), [20/458](#), [20/466](#)

Auf Antrag der Abgeordneten Krämer beschließt der Finanzausschuss, eine mündliche Anhörung durchzuführen.

10. Bescheide über die Feststellung des Grundsteuerwertes zukünftig vorläufig erlassen

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 20/716](#)

(überwiesen am 24. Februar 2023)

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

[Umdruck 20/983](#)

Abgeordnete Krämer bringt den Änderungsantrag [Umdruck 20/983](#) ein. Intention sei, vor dem Hintergrund zahlreicher Einsprüche „Druck aus dem Kessel zu nehmen“. Denn die Bodenrichtwerte seien zum Teil „mit der heißen Nadel gestrikt worden“.

Abgeordneter Plambeck vertritt die Auffassung, dass § 164 der Abgabenordnung nicht das geeignete Instrument sei, dem Anliegen der FDP gerecht zu werden. Er bittet das Finanzministerium dem Finanzausschuss zeitnah einen Vermerk zum Vorbehalt der Nachprüfung nach § 164 Abgabenordnung sowie zur Vorläufigkeit nach § 165 der Abgabenordnung bei Grundsteuerwertfeststellungen zuzuleiten. – Staatssekretärin Dr. Torp sagt dies zu (siehe [Umdruck 20/1089](#)).

Abgeordnete Raudies weist darauf hin, dass die meisten Menschen keine Einwände gegen die Bescheide hätten.

Gegen die Stimme der FDP mit den Stimmen aller anderen Fraktionen wird der FDP-Änderungsantrag [Umdruck 20/983](#) abgelehnt. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den FDP-Antrag [Drucksache 20/716](#) abzulehnen.

11. Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern bei der Besetzung von Geschäftsführungs- und Aufsichtsorganen der Landesunternehmen und -beteiligungen sowie von Verwaltungsräten der öffentlich-rechtlichen Sparkassen

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 20/677](#)

(überwiesen am 24. Februar 2023)

Einstimmig beschließt der Finanzausschuss, bis Ende März 2023 schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Abgeordneter Petersdotter legt Wert darauf, dass der Gesetzentwurf in der Mai-Tagung des Landtags in zweiter Lesung behandelt wird; die Opposition legt Wert auf ein „ordentliches“ Beratungsverfahren.

12. Information/Kenntnisnahme

- [Umdruck 20/806](#) – Freistellungssemester Musikhochschule Lübeck
- [Umdruck 20/908](#) – Ursachen für den Antragsruhestand von Landesbediensteten
- [Umdruck 20/915](#) – Verwaltungsvereinbarung elis-Lernplattform 2023
- [Umdruck 20/923](#) – digitales Personalmanagement
- [Umdruck 20/930](#) – Bundeshilfen für Krankenhäuser
- [Umdruck 20/953](#) – Kommunalinvestitionsförderungsgesetz
- [Umdruck 20/973](#) – Gesamtplan für IT und Digitalisierung 2023
- [Umdrucke 20/922, 20/936, 20/937, 20/941, 20/942, 20/943, 20/949, 20/951, 20/954, 20/960, 20/963](#) – Haushaltsberatungen
- Vertraulicher [Umdruck 20/946](#) – Betriebsmittelkredit UKSH
- Vertraulicher [Umdruck 20/948](#) – Bürgschaften
- Vertraulicher [Umdruck 20/950](#) – Stadtwerke
- Vertraulicher [Umdruck 20/961](#) – Kommunen
- Vertraulicher [Umdruck 20/964](#) – Einzelplan 06

Abgeordnete Raudies regt an, den Bericht über die Umsetzung des Gesetzes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen in Zukunft kürzer zu fassen.

Der Finanzausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

13. Verschiedenes

- Die nächste Sitzung des Finanzausschusses findet am 9. März 2023 statt.
- Am 30. März 2023 tagt um 10 Uhr der Beteiligungsausschuss und um 11 Uhr der Finanzausschuss.
- Am 14. September 2023 findet keine Finanzausschusssitzung statt.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Harms, schließt die Sitzung um 12:15 Uhr.

gez. Lars Harms
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer